



### **sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten	entschuldigt

### **Gäste:**

Herr Burkhard Exner	Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Joachim Faßmann	Koordinierungsstelle Wohnungstausch
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.11.2021
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Haushaltssatzung 2022
- 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: 21/SVV/1248  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Geschäftsstelle Haushalt
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung  
Vorlage: 21/SVV/0736  
Fraktion Freie Demokraten  
- Wiedervorlage -
- 5.2 Beendigung des bisherigen Projekts Koordinierungsstelle Wohnungstausch  
Vorlage: 21/SVV/1268  
Fraktion der Freien Demokraten
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 EINE Stadt für ALLE - Bestandsaufnahme zur Umsetzung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020  
Vorlage: 21/SVV/1188  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 6.2 Entwicklung Gemeinbedarfsstandort David-Gilly-Straße  
Vorlage: 21/SVV/1302  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

- 6.3 Information zu Handlungsmöglichkeiten der LHP bei Androhung von Stromsperrungen
- 6.4 Mietspiegel 2022
- 6.5 Konzept zur Bearbeitung der Angemessenheitsgrenzen für Bedarfe der Unterkunft
- 6.6 Sachstand Sozialzentrum
- 7 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Video-Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

Er begrüßt Frau Jackel-Neusser als neue sachkundige Einwohnerin für die Fraktion SPD im Ausschuss.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.11.2021**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 16.11.2021 zur Abstimmung. Herr Jekel, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration, spricht das in der letzten Sitzung ausgereichte Positionspapier des Oberlinhauses an und weist darauf hin, dass dieses nicht mit der LHP abgestimmt war. Aus diesem Grund wird es dazu einen Austausch mit dem Oberlinhaus geben.

Die Niederschrift wird mit 8 Zustimmungen und 1 Enthaltung mehrheitlich **bestätigt**.

Herr Adler informiert, dass die Drucksache 21/SVV/0736 „Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung“ (TOP 5.1) auf Wunsch der Fraktion Freie Demokraten zurückgestellt werden soll.

Frau Rößler beantragt, den Haushalt heute nicht abschließend zu beraten, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, sich dazu zu verständigen.

Herr Adler teilt mit, dass in dem Tagesordnungspunkt darüber abgestimmt werden soll, dass am 18.01.2022 eine Sondersitzung zum Haushalt durchgeführt wird.

Daraufhin zieht Frau Rößler ihren Geschäftsordnungsantrag zurück.

Frau Schulze bittet zu prüfen, ob der Antrag 21/SVV/0736 damit dreimal zurückgestellt wurde. Wenn dies der Fall ist, ist der Antrag an den Hauptausschuss zu überweisen, um dann abschließend in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden zu können.

Herr Adler stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Die Tagesordnung wird mit 9 Zustimmungen einstimmig **bestätigt**.

### **zu 3        Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Herr Mundt berichtet über seine aktuellen Gespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern der Josephinen-Wohnanlage in der Burgstraße. Gemeinsam mit Mieterverein und Verbraucherzentrale werden die Seniorinnen und Senioren unterstützt, gegen die Kündigungen vorzugehen.

Er betont, dass insgesamt die Solidarität sehr groß ist. In den nächsten Tagen wird eine Internetseite durch die Verbraucherzentrale installiert.

Er berichtet über die verschiedenen Aktionen zur Unterstützung.

Frau Meier ergänzt, dass es die Idee gibt, im Januar 2022 ein Neujahrskonzert für 4 Einrichtungen durchzuführen, bei dem auch die Josephinen-Wohnanlage bedacht werden soll.

Der Bericht des Migrantenbeirates liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 4        Haushaltssatzung 2022**

#### **zu 4.1     Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022**

**Vorlage: 21/SVV/1248**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Geschäftsstelle Haushalt

Herr Exner stellt anhand einer Präsentation die Haushaltssatzung 2022 vor und geht dabei auf die inhaltlichen Leitplanken des Planentwurfes für den Haushalt 2022 ein. Er verweist auf das Erfordernis der Umschichtungen nach einem Umlageschlüssel über alle Geschäftsbereiche und gibt Erläuterungen dazu. Anschließend geht Herr Exner auf die Personalkosten ein und macht deutlich, dass der Gesamtrahmen des Stellenplans bestehen bleibt. Dann geht er näher auf die Entwicklung des Personalaufwandes im Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit ein und stellt anschließend die Entwicklung des freiwilligen Aufwandes vor. Abschließend verweist er auf die möglichen Chancen und Risiken.

Herr Wobeto bittet darum, dass die Präsentation als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt wird. Er verweist auf Äußerungen des Landesrechnungshofes und bittet, die benannten Risiken zu konkretisieren.

Herr Exner merkt an, dass sich der Landesrechnungshof zum Landeshaushalt geäußert hat.

Er macht deutlich, dass es bei den Schlüsselzuweisungen eine Spanne gibt, die nicht konkretisiert werden kann. Hier muss die Entwicklung abgewartet und entsprechend reagiert werden.

Frau Meier stellt anhand einer Präsentation die Haushaltsplanung für den Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit vor. Dabei macht sie deutlich, dass der Geschäftsbereich für die Erfüllung und Umsetzung der meisten pflichtigen Bürgerleistungen der Landeshauptstadt Potsdam steht. Anschließend geht sie kurz auf die Aufgaben ein, die über die Daseinsvorsorge hinaus gehen.

Frau Meier stellt die Ausgangslage der Planung zum Haushalt 2022 vor und gibt dann einen Überblick über die einzelnen Fachbereiche des Geschäftsbereichs.

Herr Jekel betont, dass auch die freiwilligen Leistungen gut durchgetragen werden und man mit dem Haushalt leben könne.

Frau Schulze bittet um Ausreichen der beiden Präsentationen noch vor Weihnachten per e-Mail an alle Ausschussmitglieder, um sich auf die Sondersitzung vorbereiten zu können.

Frau Meier bittet die Ausschussmitglieder, der Verwaltung rechtzeitig vor der Sondersitzung des GSWI-Ausschusses die Fragestellungen zukommen zu lassen. Sie betont, dass man mit dem Haushalt so leben könne, man sich mit den Fallzahlaufwüchsen und Fallzahlschlüsseln aber auseinandersetzen muss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Herr Adler um Abstimmung über die **Durchführung einer Sondersitzung zur Haushaltsberatung 2022 am 18.01.2022, 18:00 Uhr** zur abschließenden Beratung der vorliegenden Drucksache.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 7 Zustimmungen und 2 Stimmenenthaltungen mehrheitlich **angenommen.**

**zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 5.1 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung**

**Vorlage: 21/SVV/0736**

Fraktion Freie Demokraten

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 5.2 Beendigung des bisherigen Projekts Koordinierungsstelle Wohnungstausch**

**Vorlage: 21/SVV/1268**

Fraktion der Freien Demokraten

Herr Faßmann, Koordinierungsstelle Wohnungstausch, gibt anhand einer Präsentation einen Bericht über die Arbeit der Koordinierungsstelle Wohnungstauschzentrale. Dabei macht er deutlich, dass die Koordinierungsstelle eine wichtige Schnittstellenfunktion übernimmt. Er weist darauf hin, dass insgesamt 546 Beratungsgespräche stattgefunden haben und 183 Datenaufnahmen erfolgt sind.

Herr Jekel weist darauf hin, dass die Arbeit der Koordinierungsstelle sehr wichtige Zwischenergebnisse liefert. Wichtig ist hier auch die persönliche Ansprache und die direkte Beratung. Über die Koordinierungsstelle werden auch Menschen an

die Wohngeldstelle vermittelt, weil hier entsprechende Bedarfe ermittelt werden. Er spricht sich gegen den Abbruch des Projektes aus. Wichtig ist allerdings, dass in einer gesonderten Plattform die Aufgaben beraten werden.

Frau Vandre dankt der Koordinierungsstelle für die Arbeit und spricht sich deutlich für den Erhalt und die Fortführung aus. Sie spricht sich auch dafür aus, eine Diskussion dazu zu führen. Es muss aber auch die Seite der Vermieter:innen mitgenommen werden.

Herr Faßmann erinnert daran, dass die Koordinierungsstelle vor einem Jahr gestartet und offen für Jedermann ist. Er macht deutlich, dass Gespräche mit verschiedenen Eigentümern gesucht wurden. Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Intensive Gespräche gibt es z.B. mit der ProPotsdam.

Frau Jackel-Neusser fragt, ob es die Möglichkeit gibt, dass die Stadt als Vermittler eintritt. Des Weiteren fragt sie, ob eine Verbindung mit dem Potsdam-Bonus angedacht ist.

Herr Jekel erklärt, dass die Verzahnung mit dem Potsdam-Bonus in Diskussion ist. Hierzu gibt es einen Austausch mit der ProPotsdam.

Frau Rößler macht deutlich, dass sie sich den Ausführungen von Frau Vandre anschließt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler den Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Nach Ende des „Experimentes“ Koordinierungsstelle Wohnungstausch soll das Projekt, wie bisher praktiziert, nicht fortgeführt werden.

Des Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, wie das Thema Wohnungstausch kostengünstig und unbürokratisch weiterhin in Potsdam begleitet und umgesetzt werden kann, z.B. über eine digitale Plattform und mit Einbindung von persönlichen Ansprechpartnern bei Mitgliedsunternehmen der Stadtspuren.

Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung im ersten Quartal 2022 vorgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 8 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehnt**.

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 EINE Stadt für ALLE - Bestandsaufnahme zur Umsetzung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020  
Vorlage: 21/SVV/1188**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Grasnick stellt mit Unterstützung einer Präsentation den Prozess der Bestandsaufnahme vor, geht dabei auf die Struktur der Vorlage ein und stellt anschließend ausgewählte Erkenntnisse vor.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Entwicklung Gemeinbedarfsstandort David-Gilly-Straße**

**Vorlage: 21/SVV/1302**

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Information zu Handlungsmöglichkeiten der LHP bei Androhung von Stromsperrungen**

Herr Jekel verweist eingangs auf den Flyer „Wohnungsnotfallhilfe“ und erklärt, dass Energiesperren auch Wohnungsnotlagen sind. Hier erfolgt eine gebündelte Bearbeitung in der Arbeitsgruppe Wohnungsnotfallhilfe. Bereits bei geringen Zahlungsrückständen drohen Energiesperren. Dazu gibt es keine automatische Meldung bei der Wohnungsnotfallhilfe.

Herr Jekel erläutert die Rahmenbedingungen für die Gewährung von Hilfe und macht dabei deutlich, dass die Selbsthilfe Vorrang hat und eine Mitwirkung zwingend erforderlich ist. Die Hilfe erfolgt als zinsloses Darlehen für dessen Rückzahlungen sehr individuelle Ratenzahlungen vereinbart werden. Anschließend gibt er einen Überblick über die Miet- und Energieschuldenübernahmen im Jahr 2021.

Auf Nachfrage von Frau Eifler teilt Herr Jekel mit, dass 2021 im SGB II bisher 88 Anträge gestellt und 83 bewilligt wurden. Im SGB XII waren es 58 Anträge, die bisher gestellt wurden und 52 bewilligte Anträge.

**zu 6.4 Mietspiegel 2022**

Herr Jekel verweist auf die Neuregelungen im Mietspiegelrecht, die am 01.07.2022 in Kraft treten. Er informiert, dass die Arbeit am neuen Mietspiegel 2022 begonnen hat. Er stellt die Methodik sowie den Zeitplan für die Erstellung des Qualifizierten Mietspiegels 2022 vor. Abschließend weist er darauf hin, dass aktuell noch die Rechtsicherheit für die Zuständigkeit ab dem 01.07.2022 fehlt. Die Länder müssen die Zuständigkeit für die Aufstellung der Mietspiegel regeln.

**zu 6.5 Konzept zur Bearbeitung der Angemessenheitsgrenzen für Bedarfe der Unterkunft**

Herr Jekel stellt anhand einer Präsentation die Ermittlung der Bedarfe für Unterkunft vor. Dabei geht er auf die neuen Angemessenheitswerte im SGB II und im SGB XII ein und stellt die errechneten Angemessenheitswerte je Haushaltsgößenklasse vor. Er macht dabei deutlich, dass die tatsächlichen Kosten der Unterkunft ermittelt werden müssen. Die Angemessenheitsgrenze muss nach wissenschaftlichen Methoden ermittelt werden.

Abschließend verweist er auf das „Schlüssige Konzept zur Ermittlung von angemessenen Unterkunftskosten nach SGB II und SGB XII für die Landeshauptstadt Potsdam“.

**zu 6.6 Sachstand Sozialzentrum**

Frau Kitzmann weist eingangs darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung mit Beschluss 20/SVV/0259 vom

06.11.2020 beauftragt hat zu prüfen, ob und in welcher Form diverse soziale Hilfsangebote in einem Sozialzentrum als zentraler, niedrighschwelliger Anlaufstelle gebündelt werden können.

Zur Bearbeitung der im Beschluss geforderten Konzeptentwicklung ist eine Projektgruppe bestehend aus Mitarbeitenden der Fachbereiche Öffentlicher Gesundheitsdienst (FB 33), Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration (FB 39), Fachbereich Bildung, Jugend und Sport (FB 23) und dem Fachbereich Soziales und Inklusion (FB 38) eingesetzt worden. Weiter sind in dieser Arbeitsgruppe Vertreter der antragsstellenden Parteien (SPD, Die LINKE), der Potsdamer Tafel und der regionalen Liga der Wohlfahrtsverbände vertreten.

Die Projektgruppe tagte bisher in fünf Sitzungen. In diesen Sitzungen wurde zunächst ein gemeinsames Verständnis des aus dem genannten Beschluss resultierenden Auftrages erarbeitet und ein auf dieser Grundlage basierendes Vorgehen festgelegt. Dieses Vorgehen bestand zunächst darin, stichprobenhaft 10 relevante, soziale Angebote von 7 Trägern zu bitten, ihre Erfahrungen aus der täglichen Arbeit bezüglich fehlender Hilfsangebote bzw. Bedarfen, die verstärkt nachgefragt, aber vom befragten Angebot nicht gedeckt werden können, zu benennen.

Darauf folgte die Bewertung in der AG, ob die genannten Bedarfe adäquat durch gebündelte Angebote in einem Sozialzentrum gedeckt werden können. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Einrichtung eines „Sozialzentrums“ nicht die adäquate Antwort zur Deckung der erfassten Bedarfe ist. Ein Großteil der offenen Bedarfe lässt sich nicht oder nicht optimaler durch ein Sozialzentrum decken. Stattdessen wird die Auffassung favorisiert, die (Beratungs-) Dienstleistung aktiv mittels diversifizierter Angebote an vielen Orten, unter Berücksichtigung der bestehenden Angebote zu den Menschen zu bringen. Dies entspricht auch dem derzeit vorherrschenden Paradigma der Dezentralisierung, wonach die Dienstleistungen zu den Menschen kommen sollten, nicht die Menschen zur Dienstleistung. In Pandemiezeiten erscheint ein zentrales Sozialzentrum eher wie ein anachronistisches, aus der Zeit gefallenes Konzept.

Im August erfolgte Einbeziehung der Regionalen Liga, diese folgte dem Analyseergebnis ohne Einwände.

Die Analyse hat zahlreiche offene Bedarfe identifiziert, die - so die Bewertung - nicht mit einem Sozialzentrum gedeckt werden können. Die Projektgruppe hat letzte Woche beschlossen, dass die erhobenen offenen Bedarfe allerdings nicht ohne weiteren Kommentar den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden sollen, sondern diese Bedarfe von Seiten der zuständigen Fachämter noch einmal geprüft werden sollen unter den Gesichtspunkten:

- (1) ob dieser Bedarf auch nach deren Wahrnehmung tatsächlich besteht.
- (2) Wenn nein: Welche bestehenden Angebote gibt es hier?
- (3) Und ja: Was wären mögliche Lösungsansätze?

Die zurückgespiegelten Ergebnisse sollen im Analyse-Papier ergänzt und im ersten Quartal nächsten Jahres als Mitteilungsvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Die Projektgruppe und ihre Mitglieder bekommen im Vorfeld (vermutlich im Zeitraum der Kalenderwochen 1 und 2 im Jahr 2022) den letzten Stand des Analyse-Papiers inkl. der Ergänzungen zur Kenntnis mit der Möglichkeit Hinweise zu geben.

Darüber hinaus wurden die Träger der Tafel und Suppenküche angefragt, inwiefern eine Kooperation zwischen den beiden Trägern (bspw. die Möglichkeit über eine neue Ausgabestelle logistische und räumliche Kapazitäten zu schaffen) nach wie vor angedacht wird und wie der Sachstand ist:

Laut Geschäftsführerin der Tafel Potsdam, Frau Eisenblätter, hat die Tafel nach wie die Absicht bzw. das Interesse mit dem Träger der Suppenküche einen gemeinsamen Standort aufzubauen. Anfragen beim KIS, der ProPotsdam und den Stadtwerken bezüglich eines möglichen Standorts wurden gestellt. Bisher wurde allerdings noch kein geeigneter Standort gefunden. Sollte durch Verwaltung und Politik eine Unterstützung in diesem Prozess möglich sein, würde sich Frau Eisenblätter sehr darüber freuen. Ebenso besteht auch das Angebot von Frau Eisenblätter zu diesem Thema in den GSWI-Ausschuss zu kommen.

Frau Schulze bittet darum, dass Analysepapier und die Stellungnahme der Regional-Liga als Anlage zur Niederschrift ausgereicht wird.

**zu 7      Sonstiges**

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 15. Februar 2022, 18:00 Uhr**  
**Sondersitzung zum Haushalt 2022: 18. Januar 2022, 18:00 Uhr**

**Uwe Adler**  
**Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**